

Afghanistan in der ethnischen Sackgasse

Conrad Schetter

Das Konzept scheint aufzugehen. Die USA führten einen achtwöchigen Luftangriff gegen die militärischen Stellungen der Taliban, während die Nordallianz den Bodenkampf erledigte. Seitdem die Taliban Anfang Dezember Kandahar aufgaben, scheint sich diese Bewegung aufgelöst zu haben. Parallel zum militärischen Kollaps der Taliban strebten die Vereinten Nationen (UN) eine politische Lösung des Afghanistankonflikts an. Unter enorm hohem politischen Druck entwarfen die UN einen „Fahrplan in den Frieden“ für die nächsten zwei Jahre und brachten auf der Petersberger Konferenz eine Übergangsregierung zustande.

Die Grundlage der UN-Bemühungen ist es, den Afghanistankonflikt - wie bereits bei den Kriegen in Ruanda und Jugoslawien - mit der Allmacht des Ethnischen zu erklären. Folgerichtig sehen die UN eine Lösung des Konflikts in einer Lösung der ethnischen Frage: Wenn es gelingt, Vertreter aller ethnischer Gruppen in eine Regierung einzubinden, herrsche Frieden im Lande, so die vereinfachte Devise der UN. Dieser Ansatz bildete auch die Grundlage der Friedensgespräche auf dem Petersberg. Das Anliegen dieses Essays ist, diese „ethnische Lösung“ der UN kritisch zu beleuchten. Denn die Erhebung ethnischer Zugehörigkeit zum Fundament einer politischen Lösung ebnet nicht den Weg in einen langanhaltenden Frieden, sondern macht ethnische Zugehörigkeit zu einem unüberwindbaren Hindernis einer Friedensfindung.

Was ist eine Ethnie?

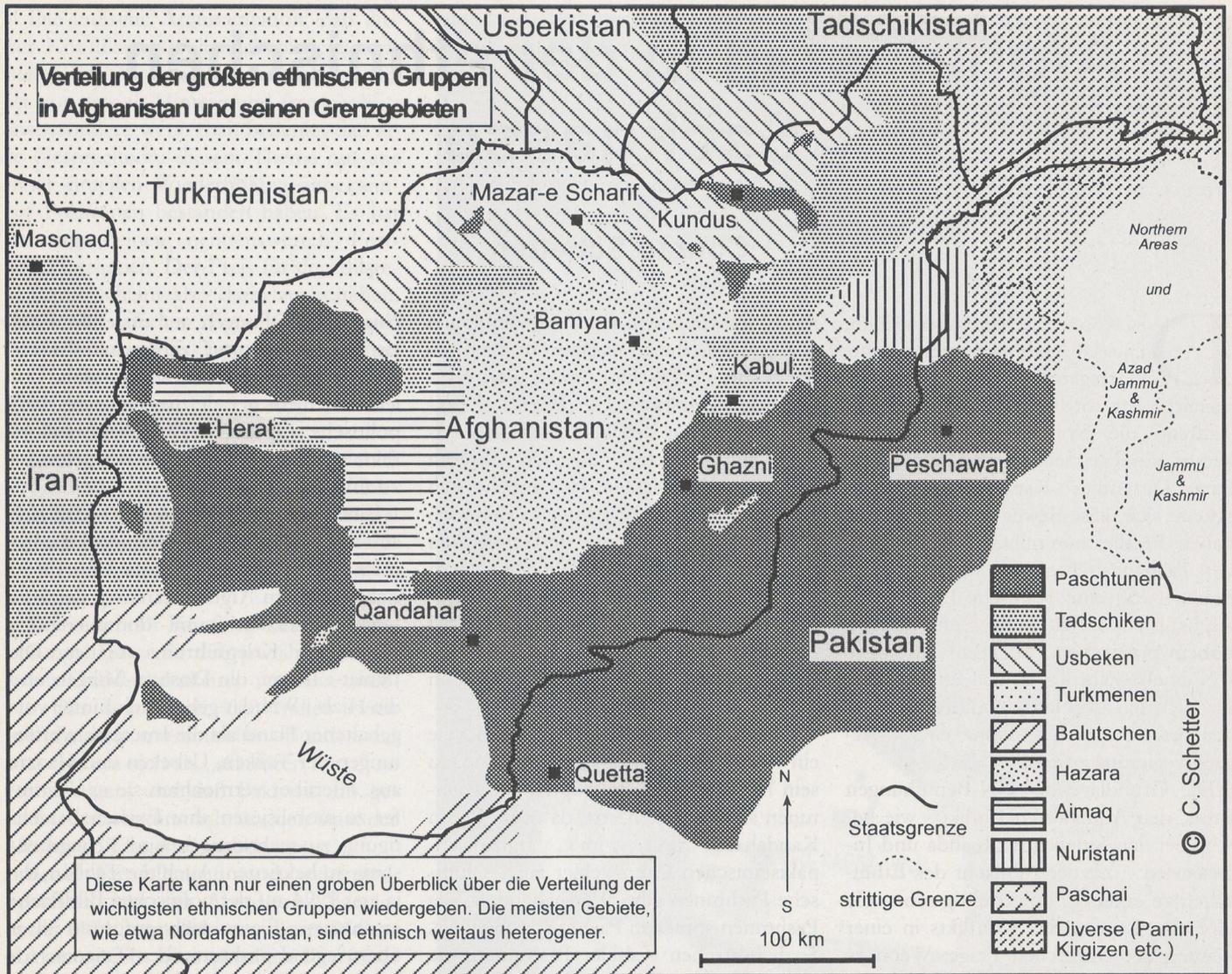
Das Dilemma beginnt bereits mit der Frage, was eine Ethnie ausmacht. Im Gegensatz zu allgemeinen Vorstellungen, daß ethnische Gruppen bereits seit unbestimmter Zeit existieren, sind die meisten Ethnien in Afghanistan erst im Verlauf des 20. Jahrhunderts kreiert worden. Vom wissenschaftlichen Eifer getrieben, Menschen aufgrund kultureller Eigenhei-

ten zu klassifizieren, schufen Ethnologen eine ganze Reihe ethnischer Gruppen: So die Nuristani, Paschai, Aimaq, Berg-Tajiken oder Farsiwan. Der Begriff „Tajike“ etwa bezog sich in Afghanistan originär auf Menschen, die sich ethnisch nicht einordnen lassen. Es handelte sich also um eine „Anti-Ethnie“. Dennoch sprechen wir heute von der ethnischen Gruppe der Tajiken; ein Widerspruch in sich. Den zu solchen Einheiten zusammengefaßten Menschen ist oftmals nicht einmal das Ethnonym, mit dem sie belegt wurden, geläufig, geschweige denn irgendeine gemeinsame Identität.

Es fehlen Konzepte, die besagen, wie ein Usbeke, Hazara oder Pashtune zu sein hat. Wer etwa behauptet, alle Pashtunen sind Sunniten, irrt, da es im Raum Kandahar und im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet auch schiitische Pashtunen gibt. Wer behauptet, alle Pashtunen sprechen Pashtu irrt ebenfalls. So beherrschen Kabuler Pashtunen, die auf ihre pashtunische Identität pochen, oftmals kein einziges Wort Pashtu - wie etwa der ehemalige König Zahir Shah. Die selbe Definitionsunsicherheit findet sich bei allen anderen ethnischen Gruppen. Die Schwierigkeit der Abgrenzung wird dadurch gesteigert, daß sich viele Afghanen - sofern sie die kulturellen Muster beherrschen - je nach Situation als Angehörige verschiedener Ethnien ausgeben können. Der ehemalige afghanische Präsident Babrak Karmal betonte bei Gelegenheit seine pashtunische Abstammung, wird jedoch in der wissenschaftlichen Literatur als Tajike oder als eingewanderter Kashmiri klassifiziert; oder Ismail Khan, einer der wichtigsten Kommandeure der Nordallianz: Mal wird er als Tajike, mal als Pashtune, mal als Farsiwan eingestuft. Er selbst verweigerte bislang beharrlich, sich einer bestimmten ethnischen Gruppe zurechnen zu lassen. Aufgrund unterschiedlicher wissenschaftlicher Ansätze herrscht zudem Konfusion darüber, wie viele ethnische Gruppen es in Afghanistan überhaupt gibt. Während eine deutschspra-

chige Abhandlungen auf ungefähr fünfzig Ethnien kommt, zählt eine sowjetische zweihundert. Diese Tatsache erleichtert nicht gerade die Versuche, eine politische Lösung des Afghanistankonflikts über ethnische Quotenregelungen zu finden.

Eine andere Schwierigkeit ist, daß sich aus der ethnischen Zuordnung kein gemeinsames Handeln ableiten läßt. Es ist richtig, daß im Afghanistankrieg der 90er Jahre Ethnizität zum dominierenden Faktor der Kriegführung aufstieg. Die Jamiat-i Islami, die Dostum-Milizen und die Hizb-i Wahdat geben sich hinter vorgehaltener Hand als die Interessenvertretungen der Tajiken, Usbeken und Hazara aus. Hierüber vermochten sie es, Kämpfer zu mobilisieren, ihre Existenzberechtigung zu rechtfertigen und sich gegenseitig zu bekriegen. Auch die Taliban, die ja erst 1994 auf der politischen Bildfläche erschienen, fügten sich aufgrund ihrer überwiegend pashtunischen Trägerschaft nahtlos in dieses ethnische Schema ein. Jedoch unterlag die Ethnisierung des Afghanistankonflikts in den 90er Jahren einer wesentlichen Beschränkung: Denn die Parteien setzten nie öffentlich, sondern immer nur im Verborgenen auf die ethnische Karte. So finden sich kaum Dokumente, anhand derer irgendeiner politischen Bewegung eine ethnische Parteinahme nachgewiesen werden kann. Auch die veröffentlichten Reden von Führern wie Ahmad Shah Massud, Burhanuddin Rabbani oder Mullah Omar sind von einer islamischen Rhetorik durchdrungen, wohingegen die ethnische Dimension des Afghanistankriegs vehement bestritten wird. In dieses Bild paßt, daß fast alle afghanischen Kriegsfürsten ihre Parteien gebetsmühlenartig als multi-ethnisch bezeichnen. Die Ursache hierfür ist, daß es unter Afghanen verpönt ist, überhaupt die ethnische Frage zu thematisieren. So herrscht Konsens darüber, daß eine ethnische Argumentation den Fortbestand des afghanischen Nationalstaats gefährdet. Wer also im Namen einer ethnischen Gruppe spricht,



Diese Karte kann nur einen groben Überblick über die Verteilung der wichtigsten ethnischen Gruppen wiedergeben. Die meisten Gebiete, wie etwa Nordafghanistan, sind ethnisch weitaus heterogener.

gilt als Vaterlandsverräter. Außerdem wird die Betonung von Ethnizität als unislamisch eingestuft, da dies die Ummah, also die islamische Gemeinschaft, in Frage stellt.

Der Trugschluß westlicher Politiker ist überdies, die ethnischen Gruppen mit den herrschenden militär-politischen Bewegungen gleichzusetzen und als einheitlich handelnde Blöcke aufzufassen. In der gegenwärtigen Debatte bleibt dagegen unberücksichtigt, daß trotz der Ethnisierung des Kriegs eine Ethnisierung der Massen ausblieb. Denn den meisten Afghanen sind alle Kriegspartien gleichermaßen verhaßt. Auch die ethnische Problematik ist für sie von zweitrangiger Bedeutung. So gerät völlig in Vergessenheit, daß für die afghanische Bevölkerung nicht die ethnische Gruppe, sondern nach wie vor die Familie, der Clan und das Dorf die wesentlichen Identitätsbezüge darstellen. Sogar die Relevanz von Ethnizität als militär-politische Klammer blieb im Afghani-

stankrieg beschränkt: Unzählige Kommandeure und Kampfseinheiten wechselten aus politischem Kalkül und wirtschaftlichen Anreizen mehrfach die Fronten - unabhängig von der ethnischen Zugehörigkeit.

Petersberger Friedensgespräche

In den vergangenen zwei Monaten gab es kaum einen westlichen Politiker, der sich nicht dazu hinreißen ließ, eine afghanische Regierung zu fordern, in der alle ethnischen Gruppen vertreten sein sollen. Die Crux dieses Ansatzes ist, daß erst gar nicht versucht wurde, die verschiedenen politischen Interessengruppen in Afghanistan wahrzunehmen und in eine Friedenslösung einzubinden, vielmehr erfolgt eine ethnische Vereinfachung des Konflikts. Nach diesen Vorstellungen dient die Ethnie als vormoderne, quasi-demokratische Legitimation. Es herrscht die Meinung vor, daß eine Regierung, in der alle ethnischen Grup-

pen vertreten sind, die verschiedenen Facetten der afghanischen Bevölkerung zu Genüge widerspiegelt.

Dieses vereinfachte Bild schlug sich auch in den Petersberger Friedensgesprächen, die vom 27. November bis zum 6. Dezember 2001 stattfanden, nieder. In der Berichterstattung erschien die Nordallianz als Repräsentanz der ethnischen Minderheiten, dagegen die Rom- und Peshawar-Gruppen als die zahlenmäßig dominierenden Paschtunen - ungeachtet dessen, daß die Rom-Gruppe von dem Usbeken Sattar Sirat und die Peshawar-Gruppe von Sayyed Hamid Gailani, der aufgrund seiner Abstammung vom Propheten außerhalb der ethnischen Ordnung steht, angeführt wurden. Die Zypern-Gruppe, die dem Iran nahe steht und von den Medien anfangs irrtümlicherweise als Fürsprecher der Hazara aufgefaßt wurde, war personell so diffus, daß sie sich allen ethnischen Kategorisierungsbemühungen entzog. Übersehen wurde auch häufig, daß

es sich bei diesen vier Gruppierungen nicht um Interessenvertretungen verschiedener afghanischer Bevölkerungsteile, geschweige denn ethnischer Gruppen handelte, sondern um Vertreter, die überwiegend dem gleichen, durch Verwandtschaft und Freundschaft verbundenen Netzwerk angehörten. Sattar Sirat und Yunus Qanuni, die Delegationsführer der Rom-Gruppe und der Nordallianz, sind etwa Schwager. Viele der Vertreter wie Jalil Shams, Haji Abdul Qadir, Asif Mohseni, Anwar-ul-Haq Ahadi oder auch der nominierte Übergangspräsident Hamid Karzai, um nur einige zu nennen, sind gleich Mitglieder in verschiedenen dieser vier Gruppierungen. Die in den Medien als so unterschiedlich dargestellten Gruppierungen auf dem Petersberg repräsentierten daher kaum verschiedene politische Gruppierungen, noch verschiedene ethnische Gruppen.

Die „ethnische Lösung“

Wie sehr sich die UN durch die Favorisierung einer „ethnischen Lösung“ selbst in ungeahnte Schwierigkeiten brachte, verdeutlichen die Ergebnisse der Petersberger Konferenz.

Auf der abschließenden Pressekonferenz verkündete Lakhdar Brahimi, der UN-Sondergesandte für Afghanistan, daß sich die Übergangsregierung aus elf Pashtunen, acht Tajiken, fünf Hazaras, drei Usbeken und drei „Anderen“ zusammensetzen würde. Abdullah Abdullah, der designierte Außenminister und Sprecher der Nordallianz, gab gleich zu Protokoll, daß diese Verteilung der ethnischen Zusammensetzung Afghanistans entsprechen würde: 38 Prozent Pashtunen, 27 Prozent Tajiken, 17 Prozent Hazaras und sechs Prozent Usbeken. Die UN war mit dieser Sitzverteilung also der Ethnisierung des Afghanistankonflikts gefolgt. Jedoch schien der UN nicht bewußt zu sein, daß die Festsetzung ethnischer Quoten für Staatsämter die Gefahr in sich birgt, die Bedeutung von Ethnizität zu zementieren und bei jedem neu zu besetzenden Amt ein Jonglieren mit Zahlen heraufzubeschwören. Bereits Mitte November hatte der pakistanische Präsident Musharraf 60 Prozent aller Ämter für die Pashtunen entsprechend deren Bevölkerungsanteil gefordert. Um so mehr geriet das Ergebnis der Petersberger Friedenskonferenz ins Zwielficht, als sich bei der Bekanntgabe der endgültigen Kabinettsliste herausstellte, daß ent-

gegen Brahimis Äußerung nur sechs Pashtunen, aber zwölf Tajiken für die Übergangsregierung vorgesehen sind. Der krasse Widerspruch zwischen der immer wiederkehrenden Betonung, wie wichtig eine ausgewogene ethnische Repräsentanz ist, und der tatsächlichen Kabinettsliste, bewirkte, daß nun gerade unter Pashtunen das Vertrauen in die UN in Mißtrauen umschlug.

Ein weiteres Problem ergab sich daraus, daß nicht zwischen Schlüsselministerien und weniger wichtigen Ministerien unterschieden wurde. So sollten die Usbeken mit unwichtigen Ministerposten wie etwa dem Ministerium für Wasser und Elektrizität abgespeist werden. Rashid Dostum lehnte daraufhin die Übergangsregierung ab, da die Usbeken nicht angemessen vertreten seien. Jedoch auch die angebliche Einheit der Tajiken wird durch diese Regierungsbildung ernstlich auf die Probe gestellt. Der Stein des Anstoßes ist, daß die drei Schlüsselministerien, Außen-, Innen- und Verteidigungsministerium, an Abdullah Abdullah, Yunus Qanuni und Mohammed Fahim, allesamt Tajiken aus dem gleichen Distrikt im Panjshirtal vergeben wurden, während Tajiken aus Kabul, Herat oder Badakhshan nur mit weniger wichtigen Ministerposten abgefertigt wurden. Sowohl Burhanuddin Rabbani, der bis zum 22. Dezember amtierende Präsident, wie auch Ismail Khan, der Westafghanistan kontrolliert, gingen dementsprechend auf Distanz zur Übergangsregierung.

Ein weiteres Problem, daß diese „ethnische Lösung“ mit sich bringt, ist, daß zahlenmäßig kleinere, aber politisch wie wirtschaftlich wichtige ethnische Gruppen in der Regierung nicht vertreten sind. So ist es allein eine Frage der Zeit bis Afghanen, die sich als Vertreter der Turkmenen, Aimaq, Pashai, Berg-Tajiken, Belutschen, Hindus, Sikhs oder Qizilbash ausgeben, ein politisches Mandat für „ihre ethnische Gruppe“ fordern.

Die Forcierung einer „ethnischen Lösung“ hat überdies weitreichende Folgen. So wird bereits über einen Bevölkerungszensus nachgedacht, um die Größe der ethnischen Gruppen zu ermitteln. Afghanen, die sich keiner ethnischen Gruppe zugehörig fühlen, werden dann in ethnischen Schemata gepreßt. Auch übersieht solch ein Zensus, daß sich ethnische Zugehörigkeit aufgrund des oben skizzierten situativen Charakters nicht festschreiben läßt. Eine andere Folge dieser „ethnischen Lösung“ ist, daß die

Einrichtung ethnisch-föderaler Strukturen viel diskutiert wird, um ethnischen Forderungen in Afghanistan gerecht zu werden. Dieser Ansatz ist wenig dienlich, da in Afghanistan ein ethnisches Mosaik vorherrscht und sich ethnische Gruppen kaum räumlich verorten lassen. Nicht selten findet man Täler und Dörfer, in denen gleich eine ganze Reihe ethnischer Gruppen leben. Daher würde die Einrichtung föderaler Strukturen nur eine Verlagerung der ethnischen Problematik von der nationalstaatlichen auf die föderale Ebene bedeuten. Die Umsetzung eines ethnischen Föderalismus birgt außerdem die Gefahr ethnischer Säuberungen, da ethnische Homogenitätsvorstellungen auf das Territorium projiziert werden könnten, wie das Beispiel Bosnien-Herzegowina eindringlich verdeutlichte. Vor diesem Hintergrund erscheint der Vorschlag, Afghanistan in eine nördliche, tadschikische, und eine südliche, pashtunische Zone aufzuteilen, nicht nur naiv, sondern im höchsten Maße gefährlich.

Wenn es auch nicht möglich ist, fertige Lösungen für die Beendigung des Afghanistankonflikts anzubieten, so sollte doch eine weitgehende Ausblendung von Ethnizität Grundlage einer politischen Neuordnung sein. Die geringe Bedeutung, die Ethnizität für große Teile der afghanischen Bevölkerung einnimmt, sollte für den politischen Wiederaufbau genutzt anstatt durch eine „ethnische Lösung“ forciert werden. Eine neue afghanische Regierung muß vor allem deutlich machen, daß die Ämterbesetzung und die politischen Entscheidungen nicht von ethnischen Überlegungen geleitet werden. Auch die afghanische Verfassung sollte nach Möglichkeit auf ethnische Bezüge verzichten. Es wäre verheerend, den sunnitischen Islam als Staatsreligion festzuschreiben, da hierüber die Schiiten ausgeklammert blieben. Auch in der Sprachenpolitik sollten Persisch, die lingua franca Afghanistans, und Pashtu gleichberechtigt nebeneinander stehen. Sprachen wie Usbekisch, Turkmenisch oder Belutschi könnten in den Rang zusätzlicher Provinzsprachen erhoben werden.

In Afghanistan steht die Weltpolitik erneut vor der Herausforderung, mit ethnisch überlagerten Konflikten umzugehen. Die Politiker, die jetzt die Zukunft Afghanistans planen, sind gut beraten, der ethnischen Polarisierung des Landes entgegenzuwirken. Ethnizität ist

nicht Ursache eines Konflikts, sondern Folge der politischen und militärischen Mobilisierung. Eine Berücksichtigung ethnischer Forderungen behebt daher nicht die Ursachen des Konflikts, sondern bestärkt nur diejenigen, die - wie bereits auf dem Balkan - Ethnizität als Instrument der Interessendurchsetzung einsetzen.

Conrad Schetter ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe „Ethnische Konflikte und Staatenbildung“ am Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) der Universität Bonn.

Anmerkung der Redaktion: Die Schreibweise afghanischer Namen und Toponyme läßt sich kaum vereinheitlichen, insbesondere wenn Karten und Abbildungen extern geliefert werden. Somit kommt es zu unterschiedlichen Transkriptionen identischer Namen oder Orte in diesem Heft.

Kabinettsliste der Übergangsregierung

Premierminister	Hamid Karzai (Rom-Gruppe)	
Vizepremierminister (mit ihren Fachressorts):		
Verteidigungsminister	Muhammad Qassem Fahim (United Front)	
Finanzminister	Hedayat Amin Arsala (Rom-Gruppe)	
Ministerin für Frauenfragen	Dr. Sima Samar (Rom-Gruppe)	
Minister für Wasser und Elektrizität	Shaker Kargar (United Front)	
Minister für Planung	Haji Muhammad Mohaqqueq (United Front)	
Kabinettsmitglieder:		
Außenminister	Dr. Abdullah Abdullah (United Front)	
Innenminister	Muhammad Yunus Qanooni (United Front)	
Handelsminister	Seyyed Mustafa Kazemi (United Front)	
Justizminister	Abdul Rahim Karimi (United Front)	
Minister für Bergbau und Industrie	Muhammad Alem Razm (United Front)	
Minister für Kleinindustrie	Aref Noorzai (United Front)	
Minister für Information und Kultur	Dr. Raheen Makhdoom (Rom-Gruppe)	
Minister für Kommunikation	Ing. Abdul Rahim (United Front)	
Minister für Arbeit und Soziales	Mir Wais Sadeq (United Front)	
Minister für Hajj & Auqaf	Mohammad Hanif Hanif Balkhi (United Front)	
Minister für Märtyrer & Behinderte	Abdullah Wardak (United Front)	
Bildungsministerium	<i>noch nicht besetzt</i>	
Ministerium für Hochschulwesen	Dr. Sharif Faez (United Front)	
Gesundheitsministerin	Dr. Suhaila Seddiqi (United Front)	
Ministerium für Öffentliche Arbeiten	<i>noch nicht besetzt</i>	
Minister für Ländliche Entwicklung	Abdul Malik Anwar (Rom-Gruppe)	
Minister für Stadtentwicklung	Haji Abdul Qadir (United Front)	
Ministerium für Wiederaufbau	<i>noch nicht besetzt</i>	
Verkehrsminister	Sultan Hamid Hamid (Rom-Gruppe)	
Minister für Rückkehrende Flüchtlinge	Enayatullah Nazeri (United Front)	
Landwirtschaftsminister	Seyyed Hussein Anwari (United Front)	
Minister für Bewässerungsfragen	Haji Mangal Hussein (Peshawar-Gruppe)	
Ministerium für Luftfahrt und Tourismus:	<i>noch nicht besetzt</i>	
Ministerium für Angelegenheiten der Landesgrenzen	<i>noch nicht besetzt</i>	
Ressortverteilung nach Gruppen:		
United Front (ehem. Nordallianz)	18	
Rom-Gruppe	6	
Peshawar-Gruppe	1	
noch nicht besetzt	5	

Stand: 06.12.2001
zusammengestellt von J. Scholz & J. Clemens